

Vorwärts=Bohrtott

Sozialdemokratie

Demokratische

Partei-Vorstand
Bibliothek

Dh

27727

PV 10964

Werte Genossen!

Seit Wochen agitieren in Berlin Parteigenossen in geradezu selbstmörderischer Weise gegen ihr eigenes Blatt unter völliger Entstellung der Tatsachen.

Auch Sie, werter Genosse, haben sich von dieser Agitation beeinflussen lassen und das Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgegeben. Wir wenden uns daher heute an Sie mit der Bitte, nunmehr auch uns anzuhören und unsere Einwendungen zu prüfen.

Woher kommt der Streit?

Der „Vorwärts“ wurde im Oktober wieder einmal vom Oberkommando verboten. Parteivorstand, Preßkommission, Verlag standen vor der Frage: Wie bekommen wir den „Vorwärts“ wieder frei? Die Berliner Arbeiter müssen zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen eine Tageszeitung haben. Der Parteivorstand wandte sich sofort an die Reichskanzlei, der Geschäftsführer und Vertreter des Verlags ebenfalls sofort an das Oberkommando um Aufhebung des Verbotes. Genau so wie in früheren Fällen eines Verbotes.

Was verlangte das Oberkommando?

Es erklärte: Durch den jetzigen groben Verstoß gegen die Zensurvorschriften habe es das Vertrauen in die jetzige Redaktion verloren; eine Aufhebung des Verbotes sei erst möglich, wenn durch Aenderung in der Redaktion Garantien für die Zukunft gegeben seien; diese Garantien müßten aber durch andere Herren gegeben werden.

Daraufhin trat, wie auch früher, der Parteivorstand mit der Preßkommission und Zentralvorstand sofort in Verbindung, um über diese Forderung des Oberkommandos mit diesen Körperschaften zu verhandeln.

Der Berliner Zentralvorstand lehnte es ab, auf dem Boden dieser Forderung zu verhandeln. Lieber wollte er den „Vorwärts“ eingehen lassen. Er glaubte eine Aufhebung des Verbotes erzielen zu können.

wenn er den Redakteur Däumig künftig ausschließlich für die Ueberwachung der Zensurvorschriften haftbar in Vorschlag brächte.

Däumig aber war gerade der Redakteur; unter dessen Zensurkontrolle im „Vorwärts“ auch jener Artikel stand, der das Einschreiten des Oberkommandos veranlaßte.

Der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Genosse R. Fischer, der die Verhandlung mit dem Oberkommando geführt hatte, also genau wußte, daß das Oberkommando gerade die Zensur durch Däumig als ungenügend erklärt hatte, lehnte die Vertretung dieses Vorschlags ab, einmal, weil er nach seiner Unterredung mit dem Oberkommando von der glatten Ablehnung dieses Vorschlags überzeugt war, dann aber auch, weil er ohne Kenntnis und Genehmigung des Parteivorstandes gar nicht berechtigt war, einen solchen Vorschlag zu machen.

Darauf gingen N. und P. Hoffmann mit Däumig selber zum Oberkommando und erhielten von dem Herrn Oberstleutnant v. Berghe nur den Bescheid, sie sollten den Vorschlag einreichen, er werde ihn zur Uebermittlung an Herrn v. Kessel entgegennehmen. Daraus wurde zur Täuschung der Parteigenossen die Schlussfolgerung gezogen, das Oberkommando hätte diesen Vorschlag als genügend angenommen, wenn ihn der Geschäftsführer unterschrieben hätte.

Das ist eine faustdicke Lüge, denn das Oberkommando hat selber in einem Briefe an die Redaktion vom 19. Oktober diesen Vorschlag als nicht ausreichend bezeichnet, und als Fischer selber am 16. Oktober auf dem Oberkommando diesen Vorschlag vorbrachte, wurde er als ungenügend abgewiesen.

Bei den Verhandlungen mit dem Parteivorstand lehnte die Preßkommission zunächst einstimmig ab, mit dem Oberkommando auf Grundlage der von ihm gestellten Bedingungen, die „Aenderungen in der Redaktion“ verlangten, in Verhandlungen zu treten. Sie änderte dann diesen Beschluß unter folgenden Bedingungen, die keiner Verhandlung mit dem Oberkommando unterlagen: es sollten keine Entlassungen von Redakteuren erfolgen, die Haltung des „Vorwärts“ solle dieselbe bleiben und „die Redaktion müsse mit der Aenderung einverstanden sein“.

Da nach dem Parteistatut nicht die Redaktion, sondern die Aufsichtsinstanzen über das Blatt zu entscheiden haben, war die letzte Forderung hinfällig. Zu den anderen schrieb der Parteivorstand: „daß nach der Meinung, die der Parteivorstand stets vertreten hat, im „Vorwärts“, als dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteimehrheit zur Geltung kommen muß und nicht nur die der Minderheit“. Entlassungen der Redakteure aber waren weder vom Oberkommando noch vom Parteivorstand verlangt worden.

Die Preßkommission war also mit Verhandlungen, die eine „Aenderung in der Redaktion“ bezweckten, einverstanden.

Der Parteivorstand schlug darauf vor: „Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden.“

Das wurde von der Preßkommission abgelehnt und vorgeschlagen, daß das Mitglied des Parteivorstandes nur die Beobachtung der Zensurvorschriften zu überwachen und zu erzwingen habe.

Es ist für jeden Einsichtigen klar: Wer den Inhalt des Blattes nicht bestimmen kann, kann auch die Garantie für die Zensurvorschriften nicht übernehmen.

Darüber war man sich bei dem früheren Verbot auch völlig einig, und darum erhielt der damalige „Garantiemann“ Däumig nach dem Vorschlage der Redaktion selbst „diktatorische Gewalt“ und „die Befugnis, selbständig über Inhalt und Form der aufzunehmenden Artikel zu entscheiden“.

Diesmal war man sich zwar darin einig, daß der Parteivorstand den „Garantiemann“ stelle. Aber im Gegensatz zu 1914 erklärte der Berliner Zentralvorstand, auf den Inhalt des „Vorwärts“ dürfe dieser keinen Einfluß haben.

Was für den „Garantiemann“ Däumig als eine unbedingte Notwendigkeit anerkannt war, wenn er die Beachtung der Zensurvorschriften sollte erzwingen können, würde dem „Garantiemann“ Müller verweigert.

Ohne diese Vollmachten aber war weder Müller noch der Parteivorstand imstande, die Verantwortung für das Blatt zu tragen.

Eine Einigung kam nicht zustande. Die Preßkommission beharrte bei der Verweigerung dieser notwendigen Vollmachten.

Somit konnten die Forderungen des Oberkommandos nicht erfüllt werden. Das Oberkommando hatte ausdrücklich verlangt, dieses Mitglied des Parteivorstandes müsse mit Vollmachten ausgestattet sein, welche dem Oberkommando die notwendigen Garantien bieten. Und nun sollte Müller über den Inhalt des „Vorwärts“ gar nichts zu entscheiden haben!

Ohne diese verlangten Vollmachten war aber eine Aufhebung des Verbotes nicht zu erreichen!

In dieser Zwangslage mußte der Parteivorstand also selbständig entscheiden.

Er konnte den Untergang des Blattes, ja des ganzen „Vorwärts“-unternehmens, an dem Hunderte von Familien mit ihrer Existenz hängen, vor der Partei nicht verantworten. Er konnte auch die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie ihr Zentralorgan verlieren und die Berliner Arbeiter ohne ein Organ zur Vertretung ihrer Interessen sein sollten. Deshalb erfolgte das An-

gebot an das Oberkommando: „Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion ein und entscheidet über den Inhalt des „Vorwärts“, worauf das Verbot aufgehoben wurde.

Das ist die aktenmäßige Darstellung.

Und nun frage jeder Genosse sich selber, wie kann man demgegenüber den Boykott des „Vorwärts“ rechtfertigen, wie kann man demgegenüber von einem Diebstahl des „Vorwärts“ reden! Allerdings hat man den Berliner Arbeitern so oft und so lange vorgeredet, der „Vorwärts“ sei ihr alleiniges Eigentum, also hätten sie allein bzw. der Zentralvorstand über das Blatt zu verfügen, daß es schon begreiflich ist, wenn viele Berliner Genossen das jetzt glauben.

Wie stehen aber die

Eigentumsverhältnisse des „Vorwärts“?

Der „Vorwärts“ ist Eigentum der Gesamtpartei. Eigentum und Vermögen der Gesamtpartei verwaltet der Parteivorstand und ist dafür Jahr für Jahr dem Parteitag Rechenschaft schuldig.

Die Geschichte der Entstehung des „Vorwärts“ beweist dieses Eigentumsrecht der Gesamtpartei.

Das „Berliner Volksblatt“, der Vorläufer des „Vorwärts“, wurde im Jahre 1884 auf Veranlassung der damaligen Parteileitung im Verlage von Max Bading herausgegeben. Die Berliner Organisation hatte mit der Herausgabe nichts zu tun. Sie verhielt sich dem Blatte gegenüber sehr abwartend. Gegen Ende 1886 verlangte sie die Uebergabe des Blattes in ihre Hände. Dies wurde nicht grundsätzlich abgelehnt, aber eine Einigung nicht sofort erzielt. Darauf erfolgte die Gründung der „Volkstribüne“, die allgemein als ein gegen das „Volksblatt“ ins Leben gerufenes Unternehmen aufgefaßt wurde. Bis zum Jahre 1890 erforderte das „Volksblatt“ Zuschüsse, die von Bading und Singer privatim geleistet wurden; von der Berliner Parteioorganisation wurde weder zur Gründung noch zur Erhaltung des Blattes irgendein Beitrag gegeben. Als im Jahre 1890 auf dem Parteitag in Halle die Frage des Zentralorgans für die Partei zur Entscheidung kam, wurde das „Volksblatt“ bedingungslos der Partei zur Verfügung gestellt. Max Bading behielt den treuhändigen Verlag des zum „Vorwärts“ umgewandelten „Volksblattes“ weiter, bis derselbe im Jahre 1902 mit seiner Zustimmung auf die neugegründete Gesellschaft „Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.“ überging. In den letzten Jahren des „Volksblattes“ war den Berliner Parteigenossen das Vorschlagsrecht bei Besetzung der Stellen in der Redaktion und Expedition eingeräumt worden. Ebenso wurde bereits auf dem Erfurter Parteitag im Jahre 1891 auf Antrag des 1. Berliner Wahlkreises den Berliner Partei-

genossen die Kontrolle über den lokalen Teil des „Vorwärts“ bewilligt, und auf dem Parteitag in Hamburg, im Jahre 1897, wurde diese Kontrolle ausgedehnt auf die taktische und prinzipielle Haltung sowie die Verwaltung des „Vorwärts“ insofern, als die Einwände der Preßkommission dem Parteivorstand zur Erledigung übergeben wurden und vor Einstellung und Entlassung in Redaktion und Expedition der Preßkommission Mitteilung gemacht und deren Ansicht eingeholt werden sollte. Auf dem Parteitag in Hannover im Jahre 1899 wurden diese Konzessionen an die Preßkommission abermals erweitert und im § 25 des Parteistatuts festgelegt. Das Eigentumsrecht des Parteivorstandes am „Vorwärts“ ist aber in all den Jahren niemals bestritten oder auch nur diskutiert worden. Alle seit dem Jahre 1890 erzielten Ueberschüsse sind deshalb auch widerspruchlos an den Parteivorstand als dem Eigentümer des Blattes abgeliefert worden. Die heute von gewisser Seite aufgestellte Behauptung, der „Vorwärts“ sei Eigentum der Berliner Genossen, wird also durch diese Tatsachen schon widerlegt; denn andernfalls wäre es doch widersinnig gewesen, daß die Berliner Genossen sich diese Konzessionen vom Parteitag erbeten hätten, wenn sie das Eigentumsrecht des „Vorwärts“ besessen hätten.

Die Vergewaltigung der Redaktion.

Wie steht es nun mit dieser Vergewaltigung der Redaktion?

Nach Aufhebung des Verbotes sorgte der Parteivorstand dafür, daß auch die Ansichten der Parteimehrheit im redaktionellen Teile zu ihrem Rechte kamen. Er unterdrückte nur solche Artikel, die sich in wüsten Beschimpfungen und Verleumdungen der Mehrheit ergingen. Daraufhin schrieben die Redakteure und Vertreter der Minderheit einfach nicht mehr, um den Anschein zu erwecken, als ob ihre Meinung unterdrückt würde. Aber noch mehr. Die „Vorwärts“-Redakteure leiteten mit dem Zentralvorstand unter Verdrehung der Wahrheit die Boykottbewegung gegen den „Vorwärts“ ein; arbeiteten also auf den Ruin des Unternehmens hin, für das sie angestellt waren und von dem sie noch heute ihr Gehalt beziehen!

Wo ist ein Unternehmen denkbar, in dem ein Angestellter öffentlich zur Schädigung dieses Unternehmens auffordert! Nirgends! Auch in der Sozialdemokratie nicht! Sogar ein Anhänger der Opposition nannte diese Art des „Vorwärts“-Boykotts unmoralisch!

Zu wessen Vorteil würde der Boykott, wenn er den gewünschten Erfolg gehabt hätte, in letzter Linie unternommen sein? Einzig und allein für die von uns immer so bekämpfte bürgerliche Presse. Sie

wäre der lachende Dritte. Denn in der heutigen Zeit des Krieges, der Lebensmittelnot, wo täglich neue Verordnungen erscheinen, muß auch die Berliner Arbeiterfrau täglich ihre Berliner Zeitung lesen. Wenn sie den „Vorwärts“ nicht hat, muß sie ein anderes Berliner Blatt lesen!

Der „Vorwärts“ ist das einzige Arbeiterblatt Berlins.

Welches Blatt soll für Euch, Berliner Arbeiter, eintreten, wenn Ihr durch Maßnahmen der Unternehmer und Behörden in Euren Interessen geschädigt werdet!

Ein hervorragender Berliner Vertreter einer der größten Arbeiterorganisationen schreibt uns:

In einer Zeit weltgeschichtlicher Umgestaltung, wie sie noch kein Menschengeschlecht der Erde sah, muß die Arbeiterklasse alle Macht- und Propagandamittel benutzen, um die für ihre Interessen wirkende Kraft zu wecken und zu organisieren. Die

Gewerkschaften und der „Vorwärts“

werden wirken müssen, in engster Fühlung, um der Arbeiterschaft Groß-Berlins, und mit dieser der Arbeiterschaft in ganz Deutschland, den Weg zu bahnen aus dem Klassenstaat zum Kulturstaat.

Durchzuführen gilt es das Programm der sozialen und kulturellen Neugestaltung der Gesellschaft.

Da wird der „Vorwärts“ sich bewähren als die publizistische Waffe der gewerkschaftlichen Arbeiter im täglichen Kampf der Meinungen. Und diese Waffe wird um so wirksamer sein, je zahlreicher diese Arbeiterschaft den „Vorwärts“ liest.

Der Krieg, er mag ausgehen wie er will, wird uns eine Erbschaft von ungeahnt belastender Art hinterlassen und sein Ende wird uns

einen Interessentkampf

bringen, bei dem alle Klassen des Volkes bestrebt sein werden, die Lasten des Krieges von sich auf andere abzuwälzen. In diesem Kampfe muß die Arbeiterklasse geschlossen und gemeinsam handeln, sonst trägt sie die Lasten allein!

Da gilt es schon heute, die Arbeiter und Arbeiterinnen für diesen bevorstehenden Kampf aufzurufen. Jetzt schon muß erfolgen die Arbeit des Aufklärens, des Werbens und der Schulung für den Kampf um eine bessere Lebenshaltung. Jetzt schon müssen die gewerkschaftlichen

Arbeiter auffüllen und schulen ihre Kampfkolonnen, um den kommenden Verhältnissen jederzeit ohne Sorge gegenüberzustehen. Und das kann nur der „Vorwärts“ sein, dem die Gewerkschaften den Auftrag erteilen, durch die tägliche Einwirkung auf die Arbeiterschaft Groß-Berlins jene solidarische Kraft zu wecken, die heute noch bei vielen Berliner Arbeitern schlummert. Keine andere Zeitung Groß-Berlins, nur den „Vorwärts“ können die

Mitglieder der Gewerkschaften

benutzen, wenn es gilt, im wirtschaftlichen Kampfe zugunsten der Arbeiter Presse zu schlagen in der öffentlichen Meinung.

Ist es da nicht geradezu unerhörter Frevel an den gewerkschaftlichen Interessen der Groß-Berliner Arbeiterschaft, daß man durch den Boykott versucht, dem „Vorwärts“, das einzige täglich erscheinende Berliner Arbeiterblatt, zu hindern, zu den Berliner Arbeitern und für deren Interessen zu sprechen? Muß nicht jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Groß-Berlins diesem frevelhaften Treiben mit grimmiger Entschlossenheit ein schnelles Ende bereiten?

Ja das muß jeder Gewerkschaftler, denn der Schaden, der durch diesen

Frevel an den Arbeiterinteressen

und am „Vorwärts“ verübt wird, ist unübersehbar.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins, die schon so schwere wirtschaftliche Kämpfe hinter sich hat,

darf nicht dulden,

daß blinder Fanatismus die Organe und Kampfmittel der Arbeiterorganisationen schädigt, die in den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen der so gut wie reflexlos vereinigten Macht der Unternehmer gegenüberstehen werden.

In den kommenden gewerkschaftlichen Kämpfen, für welche die Unternehmer organisiert haben den letzten Mann, in diesen Kämpfen wird es sich bei den Arbeitern handeln um die Frage, ob es auch ihnen gelungen ist, den letzten Mann und die letzte Frau zu organisieren.

Sieg oder Niederlage der gewerkschaftlichen Arbeiter wird abhängen von dem Einzug der Idee der Solidarität in die Herzen und Köpfe der noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Aufgabe des „Vorwärts“

ist es daher, diese Idee der Solidarität hineinzupflanzen in die Herzen und Köpfe der Arbeiter, und darum ist es auch

Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß in jeder Arbeiterfamilie Groß-Berlins gelesen wird der „Vorwärts“.

So schreibt also ein Genosse, der an der Spitze einer der größten Arbeiterorganisationen Deutschlands steht und der aus seinen gewerkschaftlichen Erfahrungen heraus die Bedeutung der Arbeiterpresse kennen gelernt hat.

Sollen wir da noch ein Wort verlieren über die Bedeutung des „Vorwärts“

als politisches Organ der Arbeiterklasse!

Seit Jahr und Tag haben die Berliner Arbeiter mit einem Eifer, mit einer Hingabe, mit einem Opfermut, wie er gar nicht hoch genug zu rühmen ist, für die Verbreitung

ihres Berliner Parteiorgans
agitiert, Flugblätter treppauf und treppab getragen, in allen Werkstätten und Fabriken unter Gefahr ihrer Existenz Abonnenten geworben — und jetzt sollen dieselben Arbeiter wieder das eigene Werk zerstören zum Vorteil und zur Freude der Gegner der Arbeiter.

Denn nur die Arbeiterfeinde tragen den Gewinn davon, wenn die Arbeiter sich selbst zerfleischen und ihre beste Waffe,

das Arbeiterblatt, zerstören!

Das darf nicht sein, das kann nicht sein.

Arbeiter, besinnt Euch, laßt Euch nicht gegen Eure eigenen Massengenossen, gegen Euer eigenes, in jahrelangen Kämpfen, Opfern und Mühen aufgebautes Lebenswerk verheizen.

Tretet ein für den „Vorwärts“, werdet Abonnenten, werbt Abonnenten, Ihr habt in Berlin

kein anderes Arbeiterblatt als den „Vorwärts“.

Er ist Euer Werk, Eure Waffe!

Haltet ihn hoch!

Verlag des „Vorwärts“.